



metallnachrichten

Für die Beschäftigten bei Getrag

Nr. 4 - 22. Januar 2009

Hubert Dünneheimer, IG Metall: „Die Aktionen der Belegschaften haben dazu geführt, dass das Management seine Positionen räumen musste. Nur dadurch ist es gelungen, die Schließung von Ludwigsburg zu verhindern.“

Alle Standorte bleiben erhalten

IG Metall und Getrag verständigen sich auf Restrukturierungskonzept: Alle Standorte bleiben erhalten und es gibt keine betriebsbedingten Kündigungen. „Der Standort sicherungs-Tarifvertrag hat sich bewährt“ kommentiert Dünneheimer den aktuellen Stand der Verhandlungen.

Am vergangenen Dienstag waren die Gespräche zwischen IG Metall und Geschäftsleitung um die Zukunft der Getrag fortgesetzt worden. Noch eine Woche zuvor hatte der Arbeitgeber mit seiner Blockadehaltung die Arbeitnehmer dazu gezwungen, die Verhandlungen zu beenden. Die Wut und das Unverständnis der Beschäftigten über das Verhalten der Geschäftsleitung war groß, die Reaktion der Belegschaft deutlich. Jetzt hat der Druck Wirkung gezeigt: Die Geschäftsleitung legte ein neues Restrukturierungskonzept vor.

Die Eckpunkte des neuen Konzeptes

- Der Standort- und Beschäftigungssicherungstarifvertrag wird bis zum 31.12.2011 fortgeführt und der aktuellen Situation in wenigen Punkten angepasst.
- Alle Standorte

- Ludwigsburg
 - Neuenstein
 - Rosenberg
 - Untergruppenbach
 - Bad Windsheim
- sollen erhalten bleiben.
- Das Werk in Ludwigsburg soll in verkleinerter Form fortgeführt werden. Das bisherige Gebäude wird aufgegeben und im Stadtgebiet von Ludwigsburg ein Ersatz gesucht.

„Es gibt keinen Grund zum Jubeln, aber vor dem Hintergrund der angedrohten Schließung ist mit dem Konzept der Grundstein für einen Neubeginn gelegt. Dass Getrag in Ludwigsburg bleibt, ist ein Erfolg unserer Belegschaften.“
(Tarifkommissionsmitglieder aus Ludwigsburg)

- Die Mini-Getriebefertigung soll von Ludwigsburg nach Rosenberg verlagert werden, die Triebsatzfertigung nach Neuenstein. Von dort wiederum soll die Hartbearbeitung von Steuerzahnradern nach Ludwigsburg kommen.
- Alle direkten Beschäftigten in Ludwigsburg, die von einer Produktionsverlagerung betroffen sind, sollen an dem jeweils aufzunehmenden Standort ein Arbeitsplatzangebot erhalten.
- 106 Beschäftigte, die 59 Jahre und älter sind, sollen sozialverträglich ausscheiden und mit 63 Jahren in

Rente gehen können.

- Befristete Arbeitsverträge (37) sollen auslaufen.
- Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, für die aus konjunkturellen Gründen möglicherweise keine Beschäftigungsmöglichkeit besteht (maximal 72 in den Werken und 65 in den Zentralbereichen), werden mit Hilfe von Arbeitsmarktinstrumenten wie Kurzarbeit und Beschäftigungsgesellschaften unterstützt.
- In den Zentralbereichen sollen insgesamt 130 Stellen abgebaut werden:
 - Reduzierung externe Dienstleister (20 Stellen)
 - Auslauf von Befristungen (17 Stellen)
 - Reduzierung von NAZ-Zulagen (28 Stellen)
 - Personalabbau (65 Stellen)
- Betriebsbedingte Kündigungen sind ausgeschlossen.
- Weitere Maßnahmen in geringem Umfang.

Alle Maßnahmen zusammen genommen ergeben ein Kostenreduzierungsvolumen von 27 Mio. Euro. Es werden insgesamt rechnerisch 345 Stellen gestrichen.

Wie geht's weiter?

Auf Basis des vorgestellten Konzepts werden nun Interessenausgleichsverhandlungen



Der Standorterhalt ist ein Erfolg der Kolleginnen und Kollegen.

an den jeweiligen Standorten geführt. Finanziert wird der sozialverträgliche Personalabbau über einen Sozialplan. Dieser ist materiell ausgestattet wie der im Jahre 2004. Die Unternehmensleitung hat sich verpflichtet zu prüfen, ob in Ludwigsburg weitere Produkte kostenneutral gefertigt werden können.

Für die Verhandlungen gibt es folgende Vorbehalte:

- Die Banken müssen die Restrukturierung und die Fortführung des Unternehmens durch Kredite finanzieren. Darüber wird am 30. Januar entschieden.
- Getrag muss einen geeigneten Standort für das Werk Ludwigsburg finden.
- Die Agentur für Arbeit muss das Konzept des sozialverträglichen Personalabbaus begleiten.